

Groß-Hamburg in Kraft

Anbruch einer neuen Epoche für Deutschlands größten Hafen.

Der 1. April 1937 ist für die deutsche Nordmark und darüber hinaus für das gesamte Reich von historischer Bedeutung. An diesem Tage tritt das Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsveränderungen in Kraft. Die Verwirklichung des gesamten Unterelbegebietes beging diesen bewährten Tag der Vereinigung der vier Städte Hamburg, Altona, Wandsbél und Harburg mit großer Freude. Tausende von allen Bürgern und Tüchtern, Wimpel auf allen Schiffen kündigten den Anbruch einer neuen Epoche für die Stadt Hamburg. Im Festsaal des Rathauses hatten sich der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß, die Reichsminister Dr. Frick, Graf Schwerin, Dr. Dörpmüller, Reichsorganisationsleiter Dr. Ley, Staatschef der SA, Lohse und viele andere führende Männer von Partei und Staat zu einem feierlichen Staatsakt versammelt.

Reichsminister Dr. Frick spricht

Am Mittelpunkt des Staatsaktes stand die große Rede des Reichsinnenministers Dr. Frick über die Bedeutung der neuen Gebietsregelung in der deutschen Nordmark. Der Minister ging von der Geschichte Hamburgs aus und erinnerte an die Zeit der Hanse, die in einem ohnmächtigen Reich der eigentliche Träger deutscher Macht und deutschen Selbstbewusstseins gewesen sei, bis sie nicht zuletzt auch durch die Entdeckung Amerikas diese Bedeutung immer mehr verloren habe. Mit der Entdeckung der Neuen Welt sei umgeworfen mit einem Schlag Hamburgs Stellung bedeutender geworden als die der meisten seiner Schwesterstädte. Der nächste große Schritt sei der Anschluß Hamburgs an das deutsche Zollgebiet im Jahre 1888, dem wenige Jahre darauf die Eingliederung des Nordelbkanals folgte. Ein ungeheurer Aufschwung folgte dann ein. Von diesem Zeitpunkt an, d. h. etwa seit der Jahrhundertwende, enthielt für Hamburg die große Hanse, aus der heraus die Groß-Hamburg-Frage sich erhebe.

Bei den nun folgenden Lösungsversuchen sei aber nur das Problem der technischen Hafenerweiterung angefaßt worden, nicht aber das des Siedlungsraumes. Man habe an Erwerb und Gewinnstreben, an Industrie- und Hafenanlage, aber nicht an den lebenden Menschen gedacht.

Auch in den hamburgisch-preussischen Verhandlungen der Nachkriegszeit ist, so führt der Minister fort, viel mehr von technischer Hafenerweiterung gesprochen worden als von der Sorge für eine menschenwürdige Siedlung der dort beschäftigten Volksgenossen. Das partikularistische Denken in Ränderkonzeptionen jener Zeit und die Zersplitterung unseres Volkes in Parteien und Klassen hinderten eine großzügige Lösung. Auch das hamburgisch-preussische Abkommen vom Jahre 1929 war nur eine schwache Vorstufe. Eine Gesamtlösung konnte unter den damaligen Verhältnissen auch gar nicht gefunden werden. Eine solche Lösung läßt sich auch nicht durch Verträge und Gutachten lösen, sondern einzig und allein durch die befreiende Tat. Es bedurfte des eindeutig klaren Befehls.

Diesem Befehl hat der Führer durch das Groß-Hamburg-Gesetz vom 26. Januar 1937 gegeben.

Die wichtigsten Probleme, die das Groß-Hamburg-Gesetz veranlaßt haben, sind folgende:

1. Für Deutschlands größten Hafen mußte Raum geschaffen werden.
2. Raum mußte für Siedlungen der im Hafen und seiner Industrie beschäftigten Arbeiter bereitgestellt werden.
3. Zur Ansiedlung der durch die Enge der bisherigen hamburgischen Grenzen zusammengepreschten Großstadtbewölkerung mußte Raum geschaffen werden.
4. Damit aber eine planmäßige und organisatorisch richtige Ausfüllung des ganzen niederelbischen Wirtschafts- und Siedlungsraumes möglich ist und aus ihm die höchste Leistung für die deutsche Wirtschaft herausgeholt werden kann, ist die verwaltungsmäßige und finanziell-fiskalische Zusammenfassung ein unabwiesbares Bedürfnis.

Das Volk ist das Maß aller Dinge!

Das ist der Leitgedanke nationalsozialistischer Staatsführung, und aus diesem Gedanken heraus mußte im Interesse des Volkes und seiner Glieder ein organisatorischer Zusammenschluß erfolgen.

Dass diese Lösung gerade jetzt erfolgt ist, hat seinen Grund auch in den Notwendigkeiten des Vierjahresplanes, der mit seinen besonderen Zielsetzungen geradezu den äußeren Anstoß für eine großzügige und umfassende Lösung des Groß-Hamburg-Problems gegeben hat. Die gefundene Lösung war wesentlich dadurch erleichtert, daß der Beauftragte des Führers für den Vierjahresplan als Preussischer Ministerpräsident das Gewicht seiner Persönlichkeit in die Waagschale warf, so daß Preußen die Leistungen beisteuerte, die von ihm im Interesse des Reiches bei der Lösung der Groß-Hamburg-Frage gefordert werden mußten.

Die Machtübernahme war der Wendepunkt

In seinen weiteren Ausführungen schilderte der Minister dann die staatsrechtlichen Zustände, wie sie noch vor fünf Jahren bestanden. Reich und Länder standen nebeneinander, ja, vielfach gegeneinander. Ein machtloses Reich ohne eine vom ganzen Volk getragene Idee war der Spielball von Parteien, Klassen und Ländern, die auch untereinander ängstlich auf die Wahrung vermeintlicher Sonderinteressen bedacht waren. Der Einheits- und Gemeinschaftsgedanke war den Ländern genau so fremd wie den Parteien. Gerade im Stromspaltungsgebiet der Elbe trat die Sinnlosigkeit des Neben- und Gegeneinander mehr oder weniger souveräner Länder besonders deutlich in Erscheinung. Der Wendepunkt zu der Neuordnung kam mit der Machtübernahme durch den Führer. Erst der Nationalsozialismus, die erste wahrhaft große Volkserhebung der Deutschen, konnte Souveränitätsgrenzen und bürokratische Hemmnisse beseitigen, indem er über alle Sonderwünsche und Einzelinteressen als einzigen Leitgedanken stellte das Interesse der im Reich geeinten Nation.

So handelt es sich auch bei dem Groß-Hamburg-Gesetz nicht um Maßnahmen zugunsten Hamburgs. Es gibt bei der Neuordnung keinen gebenden und keinen nehmenden Teil. Die Neuordnung ist allein getragen von dem Gedanken an

das ganze deutsche Volk und an das einheitliche Deutsche Reich. Die Neuordnung im Groß-Hamburg-Raum ist die erste größere Maßnahme aus dem Gebiet der regionalen Reichsreform. Die Erfahrungen, die wir hier im Raum Groß-Hamburg machen, werden für die allgemeine Neuordnung von großer Bedeutung sein.

Das Groß-Hamburg-Gesetz wird in zwei großen Etappen durchgeführt. Die erste tritt am morgigen Tage in Kraft: Mit dem Übertritt dreier preussischer Stadtkreise und einer Reihe preussischer Gemeinden in das Land Hamburg. Drei große preussische Städte mit großer Vergangenheit und hervorragenden Namen, Altona, Wandsbél und Harburg-Wilhelmsburg, werden nunmehr hamburgische Städte. Das Gesetz leitet darüber hinaus die gemeindliche Zusammenfassung des Stromspaltungsgebietes zu einer

Einheitsgemeinde Hansestadt Hamburg ein, die spätestens am 1. April nächsten Jahres ihren Abschluß erreicht haben wird. Hamburg wird noch stärker als bisher nach der kommunalen Neugliederung nach der Reichshauptstadt die zweitgrößte Stadt des Reiches sein; es wird dazu ein Selbstverwaltungskörper mit harter Eigenart werden. In der Hand der Reichshauptstadt müssen die Fäden aller Verwaltungen ihres Amtsbezirk zusammenlaufen; die Reichshauptstadt müssen die verantwortliche Mittellinse des Reiches bilden. Auch in dieser Beziehung wird die Verfassung und Verwaltung der Hansestadt Hamburg wichtige Fingerzeige für die zukünftige Entwicklung im Reich geben.

Ein neues Blatt der Geschichte dieser Rosten und alten Hansestadt wird am Geburtsstag Bismarcks, ihres großen Gutsnachbarn und in seinem Geiste aufgeschlagen. Ich hoffe, daß die Entwicklung, die durch das Groß-Hamburg-Gesetz eingeleitet ist, alle unsere Erwartungen erfüllen wird und wünsche, daß Hamburg getreu seiner Tradition bis in die fernsten Zeiten Rinder deutschen Willens und deutschen Sinnes in aller Welt sein möge zum Wohle des Reiches und im Dienste unseres Führers Adolf Hitler, dem wir auch diese Tat zu danken haben.

Letzte Sitzung des Lübecker Senats

Als erstes deutsches Land wird Lübeck nun im Reich aufgehen. Der Reichsfreier der Hansestadt, die 711 Jahre in Ehren bestanden hat, ist am 1. April 1937 ein Ziel gesetzt. Die Hansestadt Lübeck bildet künftig einen Stadtkreis im Regierungsbezirk Schleswig. Den Anstoß zu den Überleitungsfeierlichkeiten bildete eine Sitzung im Lübecker Rathaus, die als letzte die Tätigkeit des Senats der Freien und Hansestadt Lübeck beschloß. Der Präsident des Senats, Bürgermeister Dr. Dreßler, gab in seiner Ansprache einen Rückblick auf die Entwicklung der Stadt. Den vereinten Bemühungen sei es gelungen, die Arbeitslosenquote Lübecks in etwa drei Jahren von 19.000 auf 1200 zu senken. Hand in Hand mit der Gesundung der Wirtschaft ging auch eine Gesundung der Staatsfinanzen. Senator Schroeder dankte im Namen seiner Mitarbeiter für die gute Führung, die der Präsident des Senats der Stadt habe angedeihen lassen und überreichte ihm einen Leuchter des lübeckischen Kunsthandwerks als ein Erinnerungsgeschenk für die schwere, aber doch so erfolgreiche Aufbauarbeit.

Hamburgs Dank an den Führer

Reichshauptstadter Kaufmann an den Führer.

Reichshauptstadter Kaufmann Kaufmann richtete folgendes Telegramm an den Führer und Reichstagskanzler: Die am heutigen Abend zur Feier des Aufstiegs des Groß-Hamburg-Gesetzes im Festsaal des Hamburger Rathauses Versammelten grüßen Sie, mein Führer, den Herrscher der Großen. In Dankbarkeit und voll Stolz auf die Aufgabe, die Sie damit uns allen gestellt haben, geloben wir in nationalsozialistischem Geiste, alle unumkehrbar gewordenen Kräfte einzusetzen für höchste Leistung für Volk und Vaterland. Es lebe Deutschland! Es lebe unsere nationalsozialistische Bewegung! gez. Karl Kaufmann.

Außerdem hat Reichshauptstadter Kaufmann an den Ministerpräsidenten Generaloberst Göring ein in sehr herzlichen Worten gehaltenes Telegramm gerichtet, in dem er dem Ministerpräsidenten noch einmal den Dank Hamburgs für die Initiative zur Lösung der Groß-Hamburg-Frage ausspricht.

Tatgewordene Volksgemeinschaft

Die Bedeutung der neuen Verfassung für das NSD. Die NSD. veröffentlicht zum Abschluß des Winterhilfsjahres 1936/37 und zur verfassungsmäßigen Verankerung des NSD. Ausführungen des Reichsbeauftragten für das NSD., Hauptamtsleiter Erich Hilgenfeldt, denen wir folgendes entnehmen:

Wenn am 31. März 1937 das Winterhilfsjahr des Deutschen Volkes für die Wintermonate 1936/37 seinen Abschluß findet, so heißt das nicht, daß mit Ablauf dieses Tages das Winterhilfsjahr verschwinde, nein — es würde auch über diesen Zeitpunkt weiter! Die Abwicklungsgeschäfte des abgeschlossenen Winterhilfsjahres, die Ausarbeitung der Pläne für die kommenden Wintermonate nehmen alle Kräfte in Anspruch. Die Arbeit kann wohl vereinfacht, sie kann aber nicht schematisiert werden, wenn nicht das Winterhilfsjahr zu einer seelenlosen Verteilerorganisation werden soll.

Immer wieder muß das Bewußtsein gestärkt werden, daß nicht die Verteilung von Mitteln des täglichen Lebensbedarfes das Entscheidende ist, sondern daß die Volksgemeinschaft des Volkes dem hilft, der nicht nur in dieser Gemeinschaft, sondern für diese Gemeinschaft lebt!

Die Lenkung würde vergeblich sein, wenn nicht eine straffe Organisation für die Durchführung der Einzelmaßnahmen geschaffen wäre. Ihren Ausdruck hat die Organisation gefunden in der von dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels auf Grund des Gesetzes vom 1. Dezember 1936 bestimmten Verfassung für das Winterhilfsjahr des Deutschen Volkes vom 24. März 1937. Die enge Verbundenheit des Winterhilfsjahres mit der NSD., kommt in der Verfassung vor allem in der Übertragung des Rechnungsprüfungswesens auf den Reichsschatzmeister der NSD., zum Ausdruck. War dem Winterhilfsjahr durch das Gesetz vom 1. Dezember 1936 die Rechtsfähigkeit zuerkannt und damit auch seine beständige Wirksamkeit formell festgelegt worden, so enthält die einleitende Bestimmung einprägsam den Gedanken der Fortsetzung des Wertes auch in der Zukunft:

„Das Winterhilfsjahr des Deutschen Volkes, in dem Einfachbereitschaft und Opferbereitschaft eines Volkes im Kampf gegen Hunger und Kälte des Winters ihren Leben-

sdigen Ausdruck gefunden haben, wird nach dem Willen des Führers als händiges Werk der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft fortgeführt.“

Damit ist aber auch zugleich ausgedrückt, daß der Winterhilfsjahr wertvoller als auch künftige Winterhilfsjahre sein wird. Die Aufgabe der NSD. ist es, die Entschlossenheit gegebener Opferbereitschaft, die der NSD. noch die Verfassung des Winterhilfsjahres haben hieran etwas geändert, die kommenden Aufgaben hat die einleitende Bestimmung der Verfassung für das Winterhilfsjahr bekräftigt. Die Arbeit des Winterhilfsjahres bleibt das Volk bestimmt von dem Leitsatz: Volksgemeinschaft!

Ausprache des Führers mit General Luedendorff

Zur Verrichtung von Winterhilfsarbeiten und den bei zwischen dem Führer und Reichstagskanzler und dem Feldherrn Luedendorff eine einseitige Ausprache stattgefunden, die auch das gewöhnliche Ergebnis erzielt hat.

Der Feldherr brachte darauf zum Ausdruck, wie rettende Tat des Führers und Reichstagskanzlers, der seiner Schandpakt Punkt für Punkt zerrissen hat, begreift hat, vor allem die Tatsache, daß Volk und Nation wieder wehrhaft und Herr am Rhein sind. Er sprach seinen Willen für die seelische Befreiung des Volkes aus es zu ersten Aufgaben zu befähigen. Der Reichstagskanzler sprach von seinen Erfahrungen und dem, daß das Dritte Reich und seine Wehrmacht und der in vertrauensvoller persönlicher Rücksprache mit dem Feldherrn des Weltkrieges können, wie es auch alle Heer im Weltkrieg und die Kämpfer des 9. April 1923 taten.

Von Blomberg bei der Krönungsfeier

Der Generalfeldmarschall vertritt den Führer.

Amlich wird mitgeteilt: „Der Führer und Reichstagskanzler hat mit seiner Vertretung bei den Krönungsfeierlichkeiten in London den Generalfeldmarschall von Blomberg beauftragt. Der deutschen Delegation gehören auch dem der Kommandierende Admiral der Marineinfanterie Nordsee, Admiral Otto Schulze, und der General der Luftwaffe Stumpf an.“

Die Krönung Königs Georg VI. wird bekanntlich den Ergebnis von Canterbury am 12. Mai vollzogen. Admiral Otto Schulze, der Kommandierende Admiral der Marineinfanterie Nordsee, der den Reichsgrößen zur Teilnahme an den Feierlichkeiten als Vertreter der Kriegsmarine nach London begleitet, wurde Ende auf diesen Posten berufen, nachdem er bis dahin Direktor der Bildungsweitere der Reichsmarine gewesen war. Der Vertreter der Luftwaffe, Generalmajor Stumpf, der Chef des Luftwaffenpersonals, Hans Stumpf, wurde am 20. April 1936 zum Generalmajor ernannt.

Für die gesamten Feierlichkeiten, die aus Anlaß der Krönung veranstaltet werden, sind elf Wochen in Anspruch genommen, die Zeit vom 5. Mai bis 22. Juli. An Hofballen, Staatsbanketten und Gartenfesten im Park der drei Wassergattungen und der Kriegsteilnehmer gegeben.

Japans höchste Orden für das Königsjahr

Mit aus Vancouver in Kanada berichtet wird, daß der Bruder des japanischen Kaisers, Prinz Takahito, ein, der sich nach London zur Teilnahme an den Krönungsfeierlichkeiten begibt. Der Prinz wird bei seinem Anlaß König Georg VI. den Chrysanthemen-Orden überreichen. Der Chrysanthemen-Orden 1. Klasse wird bisher nur vom japanischen Kaiser selbst sowie von den Fürsten Manin, dem ältesten Feldmarschall der japanischen Armee, getragen. Die englische Königin Elisabeth wird die erste Klasse des Ordens der Heiligen Krone erhalten eine Auszeichnung, die nur von einigen japanischen Prinzen getragen wird.

Reichstreuhänder der Arbeit

Neue Amtsbezeichnung ab 1. April.

Die nach dem Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit für größere Wirtschaftsgebiete bestellten und der Erfüllung wichtiger sozialpolitischer Aufgaben betrauten Treuhänder der Arbeit sind vielfach mit ähnlichen Stellen der Wirtschaft verwechselt worden. Um solche Verwechslungen für die Zukunft auszuschließen und um die Stellung der Treuhänder der Arbeit als Reichsbehörden zu betonen, führen sie mit Wirkung vom 1. April 1937 die Amtsbezeichnung „Reichstreuhänder der Arbeit“.

Die Deutsche Arbeitsfront NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“

Freitag, den 2. April, abends 8 Uhr im Gasthof „Schützenhaus“

„Der Sprung aus dem Alltag“

Komödie in 3 Akten von H. Zerkanen

Eintrittspreise 1,00 RM (Num. Platz) und 0,50 RM. Ratten sind an der Abendkasse noch zu haben

Drucksachen

aller Art liefert

Hugo Munzer Buchdruckerei — Fernruf 127

Verlag der Spangenberg Zeitung